

# BÜRGERINITIATIVE „HALDE“ HERTEN

---

STELLUNGNAHME DER BÜRGERINITIATIVE ZUM  
RATSBESCHLUSS 'HALDENKONZEPT'  
VOM 8. MAI 1981

**3**

---



1981  
Mai 1981

## Stellungnahme der Bürgerinitiative zum Ratsbeschluß 'Haldenkonzept' vom 8.Mai 1981

---

Der Rat der Stadt Herten hat am 8.Mai 1981 seine Stellungnahme zum Haldenkonzept des Regierungspräsidenten abgegeben. Damit ist der 1.Abschnitt der parlamentarischen Diskussion beendet. Die Bürgerinitiative, die sich in ihrem Kampf gegen die Superhalde als Sprecherin von mehr als 8 000 empörten Hertener Bürger versteht, nimmt zu dem Ratsbeschluß wie folgt Stellung:

Noch vor einem halben Jahr hätte es niemand für möglich gehalten, daß die Parteien des Hertener Rates das Konzept des RP und besonders den Teil über die Planung von Halden im Hertener Süden so einmütig ablehnen würden. Ohne den massiven Protest der Hertener Bevölkerung wäre die Ablehnung so nicht erfolgt. Wir buchen das als einen klaren Erfolg auch der Bürgerinitiative, die diesen Protest entschieden formuliert und vorgetragen hat und freuen uns über die Lernfähigkeit unserer Ratsmitglieder.

Unsere nachhaltige Kritik bezieht sich vor allem auf den Abschnitt III der Stellungnahme und auf einzelne Punkte des parlamentarischen Vorgehens:

1. Im Abschnitt III nimmt der Rat der Stadt seine zunächst geäußerte Ablehnung wieder zurück. Und noch mehr ! Alle drei Parteien sind grundsätzlich bereit dem Bergbau das Waldgebiet westlich der Ewaldstraße zum Schütten anzubieten. Der Rat der Stadt meint also, "im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl" ein dringend benötigtes Naherholungsgebiet zerstören zu dürfen.
2. Die grundsätzliche Bereitschaft der Hertener SPD im Süden der Stadt weitere Flächen zum Kippen zur Verfügung zu stellen, entpuppt sich nachträglich als Wahlbetrug. Noch 1979 hieß es auf einem Wahlflugblatt der SPD: " Es wird in Herten keine Bergehalden auf neuen Schüttflächen geben."

3. Die Mitglieder des Rates der Stadt Herten haben ein begrenztes Verständnis von "Gemeinwohl". Seit der Ratssitzung vom Mittwoch dem 6. Mai 1981 ist klar: der Hertener Rat setzt das Gemeinwohl gleich mit dem Wohl des Bergbaus.
4. Der Rat der Stadt scheint seine Kompetenzen weit zu überschreiten. Er bietet dem Bergbau Flächen zum Kippen an, die zum Stadtgebiet von Recklinghausen bzw. Gelsenkirchen gehören. Sind die zuständigen Behörden der genannten Städte davon informiert oder haben diese etwa ihre Planungskompetenz an den Hertener Rat abgetreten ?
5. Wir befürchten, daß die Hoheward-Siedler die am meisten Betrogenen sein werden. Bei der gegenwärtig im Rat der Stadt gebrauchten Entschädigungsformel "Neu für alt" dürften die Siedler gerade in der Lage sein, die Kellerwände hochzuziehen. Wie man hört, wird von der Stadt und vom Land kein Geld kommen und der Bergbau wird sich an den Schätzwert halten.
6. Wer bei den öffentlichen Ratssitzungen erlebt hat, wie die unter großem Zeitaufwand und mit viel Sachkompetenz erstellte<sup>x)</sup> ~~und~~ behandelt wurden, konnte nur erschrecken über die Arroganz der Verwaltung und des Rates. Ein Antrag blieb ein halbes Jahr unbeantwortet, der Rest wurde z.B. im Haupt- und Verkehrsausschuß überhaupt nicht beraten, dagegen mit einer einzigen Bemerkung vom Tisch gefegt.
7. Am 16. Januar 1981 wurde eine Bürgeranhörung zum Haldenkonzept des RP veranstaltet. Die Niederschrift dieser Veranstaltung, die eine einzige vernichtende Kritik an den damals bestellten "Fachleuten" enthielt, wurde den Ratsmitgliedern bis heute nicht zugestellt. Diese Informationen wurden also den damals nicht anwesenden Ratsmitgliedern ( absichtlich ? ) vorenthalten.

x) Bürgeranträge

8. Uns erscheint folgendes grotesk: Der Bürgermeister unserer Stadt, Herr W. Wessel, nimmt an den Beratungen zum Wohl der Allgemeinheit teil und fällt Entscheidungen mit zum Wohl des Bergbaus (siehe Punkt 3 dieser Stellungnahme). Durch seine zustimmende Entscheidung sichert er u.a. auch seinen vermutlich hochdotierten Arbeitsplatz. Gleichzeitig versichert er jedoch, er sei nicht befangen. Noch unverständlicher erscheint das Verhalten von Herrn Wessel, wenn gleichzeitig ein anderes Ratsmitglied, das in viel geringerem Maße dem Bergbau verpflichtet ist (P. Gengenbach), sich ausdrücklich wohl für befangen erklärt.

Die Verantwortlichen im Rat und Verwaltung der Stadt Herten sollten wissen, daß sie auf diese Weise ihren Beitrag geliefert haben, demokratische Substanz zu zerstören.

Die gegenwärtige Situation in Herten macht deutlich, daß die Arbeit einer außerparlamentarischen Opposition dringend notwendig ist.

Der Kampf gegen die Halde und die damit verbundenen Umweltprobleme wird weitergehen.

Bürgerinitiative "Halde"

14. Mai 1981